

24.2.2011

## **Bündnis90/DIE GRÜNEN zum Detmolder Haushalt 2011**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich erscheint der heutige Tag in Detmold als Tag der Harmonie, stimmen doch – wie im Vorjahr – fast alle Ratsmitglieder für den Haushalt 2011. Allerdings gibt dieses vordergründige nicht die Konflikte wieder, die es um diesen Haushalt gegeben hat. Für uns GRÜNE ist die Zustimmung nicht einfach. Hat dieser Haushalt doch 2 Gesichter. Diese beiden Gesichter sind auch dafür verantwortlich, dass die Perspektivkommission 2020 sich ergebnislos aufgelöst hat und in dieser Form nicht weiter existieren wird.

Auf der **Ausgabenseite** gibt es wenig zu kritisieren. Es wurden in der Perspektivkommission viele Positionen auf den Prüfstand gestellt, nicht wenige gestrichen oder gekürzt. Zudem hat die Verwaltung Prüfaufträge bekommen, bestimmte freiwillige Leistungen auf ihre Effektivität zu untersuchen. Dies gilt insbesondere über die freiwilligen, zusätzlichen Zahlungen an die Träger von Kindergärten und OGS, was insgesamt rund 2,5 Mio. € pro Jahr ausmacht. Hier ist nachzuweisen, dass die vom Rat gewünschten Effekte auch bei den Kindern ankommen. Es muss in diesem Zusammenhang auch geklärt werden, wie der Übergang von der offenen Ganztagschule zum gebundenen Ganztagsbetrieb erfolgen soll und welche Mittel städtischerseits hierfür erforderlich sind. Es ist bei allen Kürzungen gelungen, das ehrenamtliche Engagement weiter zu fördern, egal ob es sich um Sportvereine, Kulturgruppen, soziales oder ökologisches Engagement handelt.

Die Erkenntnis ist klar: mit Kürzungen um 100 oder 1000 € bei Vereinen ist angesichts des derzeitigen Haushaltslochs von rund 20 Mio. € eine Haushaltssanierung nicht möglich – es wäre eher kontraproduktiv, da ehrenamtliches Engagement erschwert wird. Zu hinterfragen ist allerdings, ob man sich in diesen Zeiten den Ausbau einer barocken Prachtmeile – den Wallgraben - leisten kann und nicht dringendere Dinge erledigen muss.

Auf der **Einnahmeseite** sieht die Bewertung schon anders aus. Detmold leistet sich den Luxus, auf ihr zustehende und mögliche Einnahmen großzügig zu verzichten, selbst wenn die Detmolder Bürgerinnen und Bürger nicht betroffen sind. Dies gilt z. B. für die Zweitwohnungssteuer, die von Unistädten selbstverständlich eingeführt wird und den Sinn hat, die Zahl der mit Erstwohnsitz gemeldeten Personen zu erhöhen; hierdurch steigen nämlich unsere Schlüsselzuweisungen, die nach Erstwohnsitzen berechnet werden. Am besten für die Stadtkasse wäre es also, wenn niemand diese Zweitwohnungssteuer zahlen müsste, weil sich alle umgemeldet haben. Immerhin soll die Verwaltung bis zum Sommer eine entsprechende Satzung erarbeiten, so dass noch Hoffnung für die Einführung besteht – für 2011 ist dies aber zu spät. Ähnlich ist es mit der Kultur- oder Bettensteuer, die ja nicht die Detmolder zahlen, sondern Besucher. Diese Steuer in Höhe von 2 € pro Übernachtung ist nur ein kleiner Teil vom Steuergeschenk, dass die Bundesregierung mit der Möwenpick-Umsatzsteuerregelung vor einem Jahr verteilt hat und das auch in der Stadtkasse Detmold zu Mindereinnahmen führt. Vertagt auf 2012.

Angesichts von 20 Mio. € **Kassenkrediten** in 2011 ist ein solcher Verzicht auf Einnahmen nicht akzeptabel. Trotz eingeplanter Gewerbesteuerereinnahmen auf Rekordhöhe wird die Stadt in 4 Jahren ca. 40 Millionen € Kassenkredite haben. Zurückzahlen kann dies niemand, denn sogar die Tilgung der derzeitigen Investitionskredite erfolgt über Kassenkredite. Selbst bei einem Zinssatz – wie heute - von 1 % werden wir somit 400.000 € pro Jahr an Zinsen nur für Kassenkredite zahlen. Das Problem ist, dass Kassenkredite – anders als Investitionskredite – Kurzläufer sind, und daher immer wieder kurzfristig neu vereinbart werden müssen. Bei steigenden Zinsen schlägt der Steigerungseffekt daher sofort durch. Eine Erhöhung der Zinsen auf immer noch niedrige 3 % würde also Zinszahlungen von 1,2 Mio. € bedeuten. Es ist unverantwortlich in dieser Situation großzügig auf Einnahmen zu verzichten.

Kostentreiber in Detmold ist auch, wenn unter dem Stichwort „**Bürokratieabbau**“ städtische Aufgaben privatisiert werden. Das jüngste Beispiel ist der Umbau der Stadthalle mit einer Kostensteigerung von 30 %. Alle Bauleistungen bis zum Controlling erfolgen privat, anstatt dass die Stadt mit eigenem Personal die Bauherrenaufgabe wahrnimmt. Schon vor Jahren hat das Rechnungsprüfungsamt festgestellt, dass die Bauvorhaben, die von der Stadt selbst geplant und durchgeführt werden, die kostengünstigsten sind, während es bei vollständiger Fremdvergabe teurer wird. Hier wirkt sich Personalabbau also kontraproduktiv aus – wir sollten beim Neubau der Realschule endlich Konsequenzen ziehen. Man kann dies auch in Würzburg lernen: dort ist der Bertelsmann-Konzern mit dem Versuch gescheitert, die Verwaltung privat billiger zu organisieren. Die Verträge sind kürzlich vorzeitig gekündigt worden. **Diese Art von sog. „Bürokratieabbau“ mit dem ideologischen Schlachtruf „privat vor Staat“ führt letztendlich zu weiterer Verschuldung und zu einer Verschlechterung der städtischen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger.** Die nächste Generation wird die Zeche dafür zahlen.

Auf Dauer ist es perspektivlos, das strukturelle Defizit einfach hinzunehmen. Die GRÜNEN werden dem Haushalt aber trotzdem zustimmen, weil in 2011 angesichts der Abwälzungen der Lasten von Bund und Land auf die Kommunen aktuell nur wenig Spielraum bleibt. Die von uns beantragten Einnahmeerhöhungen sind noch nicht beschlossen, sie sind aber auf den Weg gebracht.

**Die Perspektivkommission 2020 ist gescheitert.** Sie ist angetreten, den Haushalt langfristig zu sanieren. Dies ist nicht gelungen. Sicherlich kann das strukturelle Defizit angesichts der Kostenabwälzungen von Bund und Land auf die Kommunen nicht vollständig auf örtlicher Ebene aufgelöst werden. Dass aber fast gar nichts rausgekommen ist, ist erschreckend. Dabei hat die Perspektivkommission durchaus intensiv Maßnahmen diskutiert und beschlossen. Wenn aber dann mal eben nach der letzten Sitzung der Perspektivkommission neue Erkenntnisse der Verwaltung in Millionenhöhe kommen, führt dies die mehrmonatige Arbeit ad absurdum. Letztlich ist es gut, dass es dieses nichtöffentliche Gremium „Perspektivkommission“ nicht mehr gibt. Denn jetzt geht es nicht mehr, alle Probleme dorthin zu vertagen und die normalen öffentlich tagenden Ausschüsse ausfallen zu lassen.

**Politik muss transparent bleiben – gerade auch in finanziell schlechten Zeiten.**